

## Aus WAZ-Mülheim

Zu viele Bürger sind großem Lärm ausgesetzt  
25.04.2012 /

In Mülheim sind viele Menschen von starken Lärmquellen umgeben: A 40, A 52, zahlreiche Durchgangsstraßen und auch den **Flughafen** Düsseldorf nennt Hubert Niehoff, Vorsitzender des Umweltausschusses, als Orte, von denen vor allem die Belastungen ausgehen.

Stadt und Land, so Niehoff am „Tag gegen den Lärm“, bemühten sich, diesem Missstand im Rahmen ihrer Möglichkeiten entgegenzuwirken. Der Lärmaktionsplan mit Bürgerbeteiligung im letzten Herbst sei ein wichtiger Vorstoß. Ebenso gilt dies für den Auftrag, Flüsterasphalt entlang der A 40 sowie versuchsweise auf der Mintarder Brücke zu legen.

Tempobeschränkungen könnten darüber hinaus weiterhelfen. Dies teilweise auch an Durchfahrtsstraßen, wo die Umleitung des Verkehrs problematisch sei.

Grüne: Bahn hinkt hinterher

Betreffs des Lärms rund um den Airport Düsseldorf habe das Land die Zahl der Verspätungsflüge deutlich senken können. Forderung aber bleibe, so Niehoff, die Einbeziehung des Mülheimer Südens in die Lärmschutzzone. Der Ausstieg aus dem Flugplatz Essen/Mülheim sei, so Niehoff, trotz offensichtlicher Verzögerung durch die Stadtspitze endlich umzusetzen. Nach wie vor gebe es viel zu viele nächtliche Starts und Landungen zwischen 22 und 6 Uhr, kritisiert Waldemar Nowak, Sprecher des Netzwerkes gegen Fluglärm. 9723 Flugbewegungen seien es im letzten Jahr noch gewesen.

Ein schlimmes Beispiel für Industrielärm stellten die schrottverarbeitenden Betriebe im Stadthafen dar, so Niehoff. Hier sei stärkerer Druck seitens der Bezirksregierung auf die Betreiber gefordert.

Vollends hinterher, so Niehoff, hinke die Deutsche Bahn. Ihre Ankündigung, allerhöchstens 2017 einige wenige Strecken mit Lärmschutz zu sanieren, sei zu wenig.

## Neuer Wirbel um **Flughafen**

26.04.2012 /

Autor: Andreas Heinrich

Dürfen an Sonntagen und an Festtagen nach Belieben Hubschrauber am **Flughafen** Essen/Mülheim aufsteigen? Am Ostersonntag startete und landete ein Hubschrauber im 15-Minuten-Takt. Rundflüge waren im Angebot. Was für die Fluggäste ein schöner Feiertagsausflug gewesen sein mag, empfanden Anwohner als „reinsten Terror“. Das Netzwerk gegen Fluglärm ist überzeugt: Diese Flüge waren rechtswidrig. Gegen den Geschäftsführer des Flughafens, Rainer Eismann, wird eine Dienstaufsichtsbeschwerde erfolgen, gegen die genehmigende Behörde kündigt Waldemar Nowak, Sprecher des Netzwerkes, gar eine Strafanzeige an.

Das Netzwerk beklagt ohnehin die Ausweitung der Hubschrauberbewegungen am **Flughafen**.

„Wir hatten im letzten Jahr über 2000 Starts und Landungen, Tendenz steigend“, sagt Nowak und sieht auf den Ruhrhöhen eine immer größer werdende Event-Kultur in Sachen Fliegen. Während kleine Düsenjets dort nach einem Gerichtsurteil nicht mehr aufsteigen dürfen, sind Hubschrauberflüge erlaubt. Doch auch an Sonn- und Feiertagen, wenn es nur um Spaß an der Freude geht? „Hier wird eindeutig gegen das Feiertagsgesetz des Landes verstoßen, erst recht, weil Hubschrauber in keiner Weise lärmgemindert sind.“ Außerdem weist der **Flughafen** selbst in seiner Information für Piloten aus, dass derartige Aktionen wie Rundflüge an Sonn- und Feiertagen nicht zulässig sind, so Nowak, der auch Mitglied des Aufsichtsrates der **Flughafen** Gesellschaft ist.

Der Geschäftsführer des Flughafens sieht der Angelegenheit gelassen entgegen. Was geschehen sei, sei absolut rechtens. Der **Flughafen** dürfe nach der Betriebsgenehmigung einem Hubschrauber in der genannten Zeit gar nicht Starts und Landungen verbieten, so Eismann. „Wir haben darauf keinen Einfluss. Würden wir so etwas verbieten, bekämen wir Ärger mit der Bezirksregierung.“

Die Abteilung Luftverkehr ist über den Vorgang informiert und teilt mit: „Der Flugplatz ist verpflichtet, jeder Art von genehmigten Verkehr während der Betriebszeit diskriminierungsfreien Zugang zu ermöglichen.“ Damit gibt sich das Netzwerk nicht zufrieden, sieht einen eindeutigen Verstoß: „Ist es aus Sicht der Bezirksregierung rechtens, wenn die Bevölkerung rund um den **Flughafen** an einem der höchsten Feiertage von 9 bis 18 Uhr einen Dauerlärmteppich ertragen muss?“ Tatsächlich gibt es eine Landeplatz-Lärmschutz-Verordnung des Bundes, doch diese erfasst Hubschrauber nicht. Das Netzwerk will sich für eine Novellierung einsetzen.

Der neue Streit am **Flughafen** fällt in eine Zeit, in der alle Seiten – Politik wie der **Flughafen** selbst – auf ein Gutachten zum Ausstieg warten. Alle drei Gesellschafter – Essen, Mülheim und das Land – haben den Ausstieg beschlossen. Doch sowohl der Aero-Club als auch die Firma Wüllenkemper haben noch für viele Jahre Nutzungsverträge. Was müssen die Gesellschafter für die Unternehmen vorhalten? Welche Flächen, welche Infrastruktur? Welche Areale können schon vorher vermarktet werden? Darum geht es in dem Gutachten, das für Ende 2011 angekündigt war, aber immer noch nicht vorliegt. Die Grünen sprechen von einer Verzögerungstaktik und Untergrabung der Ausstiegsbeschlüsse. Mitte des Jahres soll das Gutachten vorliegen.

Bild 1:

Nach Berechnungen des Netzwerkes erfolgen jährlich über 2000 Hubschrauberflüge am Flugplatz Essen/Mülheim.

Foto: Stephan Glagla

## Aus NRZ Mülheim

Kampf gegen Lärm bleibt wichtig  
25.04.2012 /

Zum heutigen Tag des Lärms weist der Vorsitzende des Umweltausschusses, der Grüne Hubert Niehoff, darauf hin, dass gerade in Mülheim viele Menschen von Lärmquellen umgeben seien, etwa durch die A 40 und die A 52, Durchgangsstraßen, die Bahnstrecken und

nicht zuletzt durch Fluglärm. „Die Stadt ist an allzu vielen Stellen sehr laut“, sagte Niehoff. Der Politiker würdigte daher den Lärmaktionsplan samt Bürgerbeteiligung aus dem letzten Herbst, aber auch den Einbau von Flüsterasphalt entlang der A 40 und versuchsweise an der Mintarder Brücke. Als erfreulich wertete er zudem, dass die Verspätungsflüge am Airport Düsseldorf reduziert werden konnten. Es bleibe aber genug zu tun, nicht nur wegen des Ausstiegs aus dem **Flughafen** Mülheim, der taktisch weiter verzögert werde. Ein schlimmes Beispiel für Industrielärm stellten die Schrottbetriebe im Stadthafen dar. Hier sei die Bezirksregierung gefordert.

Ruhe, bitte!  
26.04.2012 /

Durch massives Vorgehen will das Netzwerk gegen Fluglärm die zunehmende Zahl von Hubschrauberflügen am **Flughafen** Essen/Mülheim begrenzen. Gegen Flughafen-Geschäftsführer Reiner Eismann und die Luftaufsicht der Bezirksregierung sind Dienstaufsichtsbeschwerde in Vorbereitung, gegen die Düsseldorfer Behörde zudem eine Strafanzeige. Zudem strengt das Netzwerk Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen die Städte Mülheim und Essen an. Konkreter Anlass sind Hubschrauberflüge am Ostersonntag. Wie Netzwerk-Sprecher Waldemar Nowak sagte, habe es dort von 9 bis 18 Uhr im Viertelstunden-Rhythmus kommerzielle Rundflüge durch eine Mönchengladbacher Firma gegeben.

Das Netzwerk argumentiert zweigleisig. Zum einen seien derartige Rundflüge mit dem Feiertagsgesetz nicht vereinbar und verstießen daher gegen die Beschränkungen, die sich der **Flughafen** ausweislich seiner Homepage selbst auferlege. Zum anderen seien die Behörden in der Pflicht, den Lärmschutz am **Flughafen** durchzusetzen. Gerade bei den störenden Hubschraubern überwiege der Ruheanspruch der Anwohner wirtschaftliche Interessen.

Eismann reagierte gestern gelassen. Er habe nichts Verbotenes getan, der Anbieter habe ein Recht auf Nutzung des Flugplatzes, auch zu diesen Zeiten. Die Bezirksregierung wiederum verweist darauf, dass die Flüge während der Betriebszeit des Flughafens erfolgt seien. Und was den Lärm angeht: Hubschrauber unterliegen seit einer Gesetzesänderung 1999 allgemein nicht mehr der Lärmschutzverordnung. Hintergrund ist, dass Polizei- und Rettungsflüge ansonsten erschwert würden.

Nowak hält das für ein Unding. „Die lautesten Maschinen bleiben außen vor“. Über Verbände und Politik strebt das Netzwerk eine Gesetzesänderung an. Mehr Einfluss sieht Nowak auf das Gebaren des Flughafens. Der habe die Hubschrauberflüge deutlich ausgeweitet, auf über 2000 im vorigen Jahr. Und immer öfter sind es kommerzielle Anbieter, die, auf Gewinn bedacht, Ruhetage für ihre Rundflüge auswählen. In diesem Sommer sei eine weitere Zunahme zu befürchten, sagte Nowak, der auch im Aufsichtsrat des Flughafens sitzt. Und genau das mag er nicht akzeptieren: „Es kann doch nicht sein, dass Anwohner ausgerechnet an Wochenenden und Feiertagen diesem überflüssigen Lärm ausgesetzt werden.“ schön

Bild 1:

„Die lauten Maschinen bleiben außen vor“: Waldemar Nowak

## **Essen/Mülheim: Ärger um Fluglärm**

Am Flughafen Essen/Mülheim gibt es neuen Streit um die Lärmbelästigung. Anwohner und das „Netzwerk gegen Fluglärm“ beklagen, dass es immer mehr Hubschraubereinsätze an Feiertagen gebe. Für die Fluglärmgegner sind Hubschrauber-Rundflüge im 15-Minuten-Takt ein echtes Ärgernis. Und das ausgerechnet an Feiertagen wie zuletzt Ostersonntag. Das wollen die Anwohner nicht hinnehmen. Das "Netzwerk gegen Fluglärm" will eine Strafanzeige gegen die genehmigende Behörde und eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Flughafen-Chef einreichen. Doch der bleibt gelassen. Laut Betriebsgenehmigung dürfe der Flughafen einem Hubschrauber keine Starts und Landungen verbieten. Die Fluglärmgegner wollen vermutlich in der kommenden Woche Strafanzeige stellen.

### **Aus Lokalnachrichten Antenne Ruhr Mülheim**

19.04.2012 14:30

## **Es droht ein Streit um den Ausstieg aus der Beteiligung am Flughafen Essen/Mülheim.**

Die Essener Grünen unterstellen Mülheims Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld politisches Kalkül. Es wäre nicht das erste Mal, dass Mühlenfeld versuche, den defizitären Flugbetrieb mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten, so die Grünen. Anlass für die Vorwürfe ist ein Gutachten zu möglichen Ausstiegsszenarien und -kosten. Das Gutachten hätte Ende letzten Jahres fertig sein sollen, jetzt sieht es aber so aus als würde es nicht vor Juni vorliegen.

19.04.2012 16:30

## **Die Stadt Mülheim rechtfertigt die Verzögerungen beim Gutachten zum Ausstieg aus der Beteiligung am Flughafen Essen/Mülheim.**

Dass das Gutachten noch nicht fertig sei, liege an der momentan handlungsunfähigen Landesregierung, sagte uns ein Sprecher der Stadt. Erst nach der Neubildung des NRW-Landtages sei mit dem Gutachten zu rechnen. Die Grünen in Essen werfen Mülheims Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld eine Verzögerungstaktik in der Sache vor. Die Städte Mülheim, Essen und das Land NRW hatten das Gutachten in Auftrag gegeben, um die Folgen des Ausstiegs, vor allem die finanziellen, einschätzen zu können.